

# Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingaa.  
Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Zernsprecher Nr. 123.

Zernsprecher Nr. 123.

Er scheint  
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.  
Bezugspreis: 2 M. — vierteljährlich frei ins Haus  
oder durch die Post; in der Expedition  
abgeholt vierteljährlich 1 M. 80 P.



Anzeigenpreis.  
Der 6-spaltigen Zeile oder deren Raum für Geisenheim 10 P.;  
außwärtsiger Preis 15 P. — Reklamenpreis 30 P.  
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.  
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 148.

Für die Schriftleitung verantwortlich:  
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Donnerstag, den 19. Dezember 1918.

Druck und Verlag von Arthur Jander  
in Geisenheim a. Rh.

18. Jahrg.

## Versammlungshochflut in Berlin.

Groß-Berlin stand am Sonntag wieder ausschließlich im Zeichen der politischen Massenversammlungen. Zum ersten Male trat die Deutsch-nationale Volkspartei in einer überaus stark besuchten Versammlung vor die Öffentlichkeit, in der die Herren v. Kardorff und Behrens die Hauptredner waren. Die Deutsche Demokratische Partei hatte die acht größten Säle gemietet, um hier die Führer ihrer Partei zu ihren Anhängern sprechen zu lassen. Die Säle waren sämtlich überfüllt.

Die Sozialdemokratische Partei veranstaltete außer fünf anderen Versammlungen drei große Kundgebungen im Circus Busch, im Palais-Theater am Zoo und im Hofpavillon in der Königgräber Straße, in denen Scheidemann, Ebert und Landsberg über die Ziele und Aufgaben der Revolution sprachen. Zu diesen großen Versammlungen kam noch eine Kundgebung der Frontkämpfer, eine Tagung der Beamten, eine Protestversammlung der Pfälzer sowie eine Demonstration der Spartakus-Jugend, die den stammenden Berlinern ein außerordentliches, nicht gerade erbauliches Schauspiel bot.

### Demonstrationszug der Lehrlinge.

Am Kaiser-Bappell auf dem Tempelhofer Feld versammelten sich am Sonntag mittag etwa tausend Jugendliche, 13- bis 17-jährige Jungen und Mädchen, die unter lärmendem Gesang und Hochrufen auf Liebknecht und Rosa Luxemburg durch die Belle-Alliance- und Königgräber Straße nach dem Abgeordnetenhaus zogen. Eine Abordnung begab sich zum Vollzugsrat, um die Forderungen der Jugendlichen zu überreichen. Es wurden u. a. gefordert:

Der Sechsstunden-Maximalarbeitstag für Jugendliche unter 16 Jahren; ein einheitlicher Mindestlohn; zweijährige Lehrzeit; das politische Wahlrecht und Volljährigkeit mit dem 18. Lebensjahre; Abschaffung der Wehrpflicht; Schaffung eines Jugendgesetzes, unter Mitwirkung Jugendlicher, und die Abschaffung des Bücklingsrechts. Die Verkündung dieses Punktes wurde mit besonderem großem Beifallsgeschrei aufgenommen. — Vom Vollzugsrat, der bei seinen wichtigen anderen Geschäften auch auf diese Demonstration Wert zu legen schien, trat Herr Gohlisch auf die Rampe hinaus und hielt eine Ansprache. Ein junger Bursche von etwa 17 Jahren erklärte unter dem Beifall seiner Kameraden, wenn der Zentralrat die Forderungen der Jugendlichen nicht durchsetzen wolle oder könne, so werde er die Macht der Demonstranten zu seinen Gunsten bekommen. Der Vollzugsrat schiene mit seinem Vatein zu Ende zu sein. (Lärmender Beifall.)

Von den etwa 1000 Teilnehmern des Zuges zogen gerade die meisten nur die roten Fahnen.

Die Straßenpassanten bedachten die jungen Demonstranten mit mehr oder weniger alten Wigen.

## Wegen die Anarchie im Reiche.

### Auch Ebert stellt ein Ultimatum.

Vor reichlich anderthalb Wochen erklärte Scheidemann in einer Versammlung, wenn die Dinge so weitergingen, mache er keine acht Tage mehr mit. Die acht Tage sind verstrichen, anders sind die Dinge auch nicht geworden, höchstens noch schlimmer, aber Herr Scheidemann hat sich anscheinend wieder beruhigt.

Jetzt hat auch Herr Ebert eine Art von Ultimatum aufgestellt. In der Versammlung der Mehrheitssozialisten im Circus Busch wandte er sich gegen die eingerissene Anarchie und erklärte:

„Es machen sich Bestrebungen geltend, die darauf hingingen, mit Terror und brutaler Gewalt das Verwaltungsleben zu erschüttern und lahmzulegen, unvernünftige Forderungen an unser Wirtschaftsleben zu stellen, Erscheinungen, die darauf hingingen, eine geordnete Führung der Reichsgeschäfte unmöglich zu machen. Hier muß die Reichskonferenz einen starken Trennungsschnitt ziehen. (Sehr richtig!) Hier kann es nur ein Haben und Drüben geben, hier heißt es: Sein oder Nichtsein!“

Ein so großes Reich kann nur verwaltet und geführt werden, wenn die Regierung ihre Geschäfte erledigen kann auf Grund eigener Entschlieung, wenn die Regierung Initiative und Energie entfalten kann.

Meine Parteifreunde in der Reichsleitung sind entschlossen, die Reichskonferenz hier vor eine entscheidende Frage zu stellen. Wenn es uns nicht möglich ist, die Reichsgeschäfte so zu führen, wie wir es verantworten können, müssen wir die Verantwortlichkeit für die Geschäfte in Zukunft ablehnen.“

Nach den Erfahrungen mit dem Ultimatum des Herrn Scheidemann wird man auch die starken Worte Eberts nicht zu hoch einschätzen dürfen.

## Reichskonferenz der U- und S.-Räte.

Zie große Abrechnung beginnt.

Am Monumentalbau des alten Preußenparlaments in Berlin, auf dem die rote Fahne flattert, werden zur Zeit die Würfel über die Zukunft Deutschlands geworfen. Eine ernste, fast lähmende Zurückhaltung liegt über der Versammlung von etwa 500 Delegierten aus allen Teilen des Reiches, aus allen Berufen und Gesellschaftsschichten. Etwa die Hälfte der Anwesenden ist in Feldgrau erschienen, neben jungen Frontsoldaten mit der roten Kofette Offiziere mit Rangabzeichen und dem effernen Kreuz. Bayern im altmodischen schwarzen Rock und moderne Konfektionsjünglinge. Auch einige Frauen befinden sich unter den Delegierten.

Der Saal weist an der Präsidenten-Estrade roten Tuchschmuck auf. Die Organisation scheint wenig zu klappen, in den Empfangsräumlichkeiten drängen sich die letzten Delegierten und es wird 11 Uhr, ehe der Vorsitzende des Berliner Vollzugsrats Mich. Müller seine Begrüßungsrede beginnt. Die Mehrheitssozialisten haben ihn „Reichenmüller“ getauft, weil er erklärt hat, daß nur über seine Leiche der Weg zur Rationalversammlung gehe, und er wirkt auch schon als halber Toter. Die Delegierten erwarten von ihm den Bericht des Vollzugsrats und das bedeutet die Begründung des eigenen Todesurteils.

Als er geendet, verhallt die Versammlung in eifrigem Schweigen. Ein ironisches Bravo ertönt, als er bittet, nicht zu weichen. Trotz dieser Bitte qualmen die jungen Burschen, die im Saal den „Vorwärts“ und die „Freiheit“ verteilen, lustig ihre Zigaretten weiter. Auf der Journalistentribüne setzen die wiedererscheinenen Vertreter der englischen und amerikanischen Blätter ihre kurzen Pfeifen in Brand, so daß sich allmählich ein blauer Dunst über dem Saale lagert.

Ebert begrüßt die Versammlung im Namen der Regierung und feiert die Demokratie als Feld der neuen Republik. Auch er liest die Worte ohne Wärme vom Manuskript ab. Etwas Leben kommt in die Versammlung, als zur Bürowahl geschritten wird.

Ein Matrose empfiehlt als Vorsitzenden den Präsidenten der Oldenburger Republik Kuhn. „Wir haben in Oldenburg die Republik begründet“, konstatiert er stolz. — „Aber was für eine!“ „Aber wie?“ erschallen Zwischenrufe.

Schließlich einigt man sich auf Leinert (Hannover) (Mehrheitssozialist), Gomolle (Vertreter der Westfront) und Deeger (Leipzig) (Unabhäng. Soz.) als Vorsitzenden.

In die Verkündung des Wahlergebnisses hallen von draußen die Rufe der Demonstranten, die den Abgang der Regierung verlangen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung erstattet an erster Stelle Mich. Müller den

### Bericht des Vollzugsrats.

Man habe behauptet, der Berliner Vollzugsrat strebe die Diktatur an. Man griff dann zur Verleumdung und behauptete, die Arbeiter- und Soldatenräte hätten 800 Millionen Mark verbraucht. Man sprach von Wetterwirtschaft und hohen Gehältern. So entstand eine starke Mißstimmung gegen den Berliner Vollzugsrat.

Ich verzichte gern auf mein Amt. Mögen andere es besser machen. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind heute die einzige Errungenschaft der Revolution. Fallen diese Räte, so bleibt nichts übrig von der Revolution. (Ohorufe.)

(Während dieser Verhandlungen hielt Liebknecht aus einem Fenster des Abgeordnetenhauses heraus an die sich sammelnde Volksmenge eine Ansprache, in der er die Arbeiter- und Soldatenräte als die einzige Rettung des Vaterlandes bezeichnete und ein Hoch auf das Proletariat ausbrachte.)

Ich habe nur auf Drängen der Soldaten mein Amt angenommen. Ich bereue es, mich dieser Diktatur gefügt zu haben. Wir sollten natürlich nur ein Provisorium sein. Niemals haben wir Berliner daran gedacht, das ganze Reich zu beherrschen. (Rufe: Rana!) Leider haben auch rechtssozialistische Blätter gegen uns gearbeitet.

Vorsitzender Leinert unterbricht: Vor dem Gebäude sind tausende von Arbeitern erschienen. Sie zünden uns eine Abordnung.

Die Demonstranten schicken eine Abordnung in den Saal.

Der Sprecher der Deputation: Im Namen von 250 000 Arbeitern (großes Gelächter) fordern wir eine einheitliche sozialistische Republik, die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten, den Reichsvollzugsrat als höchstes Organ, Abschaffung der jetzigen Behre-

den, Befestigung des Rates der wirtschaftsbeauftragten (stürmische Pfutrufe, Tumult), Entlassung der Gegenrevolution, Bildung der Roten Garde. (Stürmischer Widerspruch, Lärm, Gegenrufe: Offiziere raus!)  
Vorsitzender Leinert: Der Kongress nimmt die Forderungen zur Kenntnis und wird darüber entscheiden.

Richard Müller setzt seinen Bericht fort und bestreitet jede Absicht der Diktatur. Es ist unverantwortlich von Herrn Schiffer, unbewiesene Vorwürfe gegen uns zu erheben. Es sind in sechs Wochen ungefähr 500 000 Mark ausgegeben worden. Wir haben sehr sparsam gewirtschaftet. Der

### 800 Millionen-Schwindel

ist damit wohl erledigt. Wenn von der „Berliner Volkszeitung“ behauptet wird, ich hätte 80 000 Mk. Vorschuß erhalten, so ist das Verleumdung. Unter den bürgerlichen Schriftstellern sind recht viele Halunken. (Beifall und Händeklatschen.)

Darauf werden die Verhandlungen auf Nachmittag vertagt. Vorher teilt Leinert noch mit, daß

### in Mecklenburg-Strick

22 Sozialdemokraten, 16 Demokraten, 3 Liberale und 1 Bauernbündler gewählt worden sind.

## Nachmittagsitzung der Reichskonferenz.

### Der junge Mann, der das Revolutionsgeld gab.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verlas der Vorsitzende Leinert eine Sympathie-Telegramm des Organs der italienischen sozialdemokratischen Partei, „Avanti“, Sodann setzt Richard Müller seinen Bericht des Vollzugsrats fort.

Die Regierung hat unsere Beschlüsse nicht ausgeführt. Ich erinnere daran, daß der Vollzugsrat mehrere Male die Befestigung des Staatssekretärs Solff verlangt hatte. Dieser arg kompromittierte Mann des alten Systems ist noch immer im Amt. Ebenso der Unterstaatssekretär Dr. David, der auch während des Krieges die imperialistische Kriegspolitik verteidigt hat. Wir haben dagegen Einspruch erhoben, daß gerade Dr. David mit der Kontrolle der Geheimtaten des Auswärtigen Amtes betraut wurde. Wir haben die Beschlagnahme dieser Akten verlangt, um die Schuldigen feststellen zu können. Es steht fest, daß der

### größte Teil der Akten verbrannt

worden ist. (Hört, hört!) Bis auf wenige Ausnahmen befinden sich die alten reaktionären Regierungsbeamten noch in Amt und Würden, darunter ganz bößartige Charaktere. Überall sind wir bei unseren Anregungen auf Schwierigkeiten im Kabinett gestoßen. (Ebert ruft: Das ist nicht wahr!) Der Vollzugsrat mag Fehler begangen haben. Das alte Regime aber hatte Verbrechen verübt. Wir haben reine Hände. Die Errungenschaften der Revolution sind in großer Gefahr. Wir übergeben Ihnen das Schicksal der Revolution. (Leidvoller Beifall.)

Den Kassendbericht erstattet Mahnz vom Vollzugsrat. Die Mittel zur Finanzierung kamen daher, daß uns ein Betrag von 450 000 Franken Schweizer Noten überwiesen wurde. (Rufe: Von wem?) Von einem gewissen Ettich. (Wer ist das?)

### Ein junger Mann aus einem Bankinstitut.

Ich kenne ihn nicht. Wir haben dieses Geld verkauft und dafür 620 000 Mark erhalten. Dann sind 30 000 Mark in polnischem Gelde bei dem Oberleutnant Waly beschlagnahmt worden. An Diäten für die Vollzugsratsmitglieder wurden 83 700 Mark gezahlt, an Besen für die Mitglieder 220 000 Mark, an Gehältern und Kurieren 414 000 Mark. Die Büroapparate waren sehr umfangreiche. Daher haben wir gestern allen Angestellten gekündigt.

Dittmann vom Rate der Volksbeauftragten weist die Beschuldigungen Müllers gegen die Regierung zurück. Es muß weitergearbeitet werden, weil wir Lebensmittel brauchen.

Es geht ein Antrag ein, Liebknecht und Rosa Luxemburg mit beratender Stimme zu dem Kongress zuzulassen.

Der Antrag wird gegen etwa 50 Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt.

### Darauf erhebt sich

### ein ungeheurer Tumult.

Pfutrufe ertönen. Einige Delegierte dringen aufeinander ein. Ein Soldat hatte gerufen: Solff auf den, der für die Freiheit im Zuchthaus gesessen hat! Die Unabhängigen hatten das mißverstanden und glaubten, man hätte gerufen: Sie stehen auf für einen, der im Zuchthaus gesessen hat. — Es herrscht daher minutenlang ein ungeheurer Lärm.

Schließlich klärt sich das Mißverständnis auf. Die Unabhängigen verlangen nun die Gegenprobe. Sie wird vorgenommen und ergibt eine ungeheure Mehrheit gegen den Antrag. Darauf setzt wieder

ein ununterbrochenes vom ein. Sprüche ertönen aus dem Hause und von den Tribünen.  
Kosenheim-Bauern weist darauf hin, daß die Kriegsgewinnler ihre Kapitalien nach der Schweiz in Sicherheit bringen.  
Die Wahlprüfungskommission läßt darauf mittel-ten, daß eine Anzahl von Mandaten für ungültig erklärt werden. Es werden daher Diktien zunächst noch nicht ausgezählt.  
Darauf werden die Verhandlungen auf Dienstag vormittag 9 Uhr vertagt.

## Swischen Krieg und Frieden.

### Rücktransport und Besetzung.

Am Westen sind noch 145 Divisionen vorhanden, von denen 51 im Abtransport und 18 im Marsch zu ihren Demobilisierungsorten befindlich sind.  
Cleve und Emmerich wurden von belgischer Infanterie besetzt. Zur Besetzung des Brückenkopfes Köln sollen größere englische Kavalleriedivisionen bereit stehen.

In Mäheln ist für einen General, 60 Offiziere, 600 Mann der ersten englischen Kavalleriedivision Quartier gemacht. Der Brückenkopf wurde von Amerikanern besetzt. Die Dampfzüge Wehlen-Königswinter wird von englischen Posten überwacht. Das Verhalten der Zivilbevölkerung ist auch weiterhin äußerst entgegenkommend.  
Lsten: Helm A. D. R. I und Kiew nichts Neues.

### Zur Abgrenzung der Stimmbezirke.

Bahlreiche Anfragen, die beim Reichsamt des Innern eingingen, lassen erkennen, daß die Vorschriften über die Abgrenzung der Stimmbezirke für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung nicht immer in ihrem Zusammenhange gewürdigt und richtig verstanden werden.

Oberster Grundsatz für die Abgrenzung der Stimmbezirke ist wie bisher die Bestimmung in Paragraph 7 des Reichstagswahlgesetzes, daß die Stimmbezirke möglichst mit den Gemeinden zusammenfallen sollen, und zwar nur große Gemeinden in mehrere Stimmbezirke zerlegt, kleinere mit benachbarten zu einem Stimmbezirk vereinigt werden sollen. Lediglich zur Ausführung dieses Grundsatzes bestimmt Paragraph 9 Abs. 1 der Wahlordnung, daß jeder Stimmbezirk nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 durchschnittlich 2500, höchstens 3500 Einwohner umfassen soll.

### Fortdauer der Schuhot.

Die vielfach verbreitete Ansicht, nach Eintritt der Demobilisierung werde die Schuhot behoben sein, ist irrtümlich. Zwar wird durch Fortfall des Heeresbedarfs und durch Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe eine Steigerung der Schuherzeugung für die bürgerliche Bevölkerung möglich sein, dennoch wird die Produktion unter den außerordentlich schwierigen Verhältnissen, der Kohlennot und dem Rohstoffmangel nicht annähernd den Bedarf decken.

Der Lederanfall ist nicht ausreichend. Die Schlachtungen im Inlande sind zurückgegangen. Aus den bisher besetzten Gebieten fehlt die Einfuhr; andere Einfuhrquellen kommen vorläufig nicht in Frage. Die sehr erhebliche Erzeugung der russischen Gebiete wird infolge der Verkehrsstörungen zurzeit nicht allen Teilen des deutschen Vaterlandes gleichmäßig zugute kommen. Schärferer Verbrauch des Lederschuhs, das sich überdies infolge der erhöhten Produktionskosten noch verteuern wird, und Verwendung des wesentlich verbesserten Kriegsschuhs liegt daher im Interesse der Allgemeinheit. Die Einsicht eines jeden verlangt es, diesen tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Deutschland wünscht Zeit und Ort der Friedensverhandlungen zu wissen.

Aus Washington wird gemeldet:

Durch Vermittlung der Schweiz hat die deutsche Regierung von den Vereinigten Staaten rasche Mitteilung über Zeit und Ort der Friedensverhandlungen verlangt.

### Die Kieler Verhandlungen.

Die Verhandlungen zwischen der deutschen Embargo-Kommission und den Ententevertretern hatten zur Folge, daß die Frist zur Ablieferung der Embargo- und Friedensschiffe, die am 16. Dezember abgelassen war, bis zum 17. Januar verlängert wurde. Der englische Kreuzer „Constance“ ist am Montag im Kieler Hafen eingelaufen. Die Besichtigungen in Kiel sind abgeschlossen.

### Polens Bruch mit Deutschland.

Die polnische Regierung hat dem deutschen Gesandten Grafen Kessler unter Hinweis auf die Zustände in Oberschlesien, wo die deutschen Behörden den polnischen Staatsinteressen zuwiderlaufende Handlungen begingen und gemeinsam mit den Bolschewisten vorgingen, erklärt, daß weitere Verhandlungen mit der deutschen Regierung zwecklos, ja sogar für die innere Ordnung in Polen sowie für die künftigen gegenseitigen Beziehungen schädlich wären. Aus diesem Grunde sehe sich die polnische Regierung genötigt, die diplomatischen Beziehungen mit der deutschen Republik abzubrechen, und ersuche den deutschen Vertreter, unverzüglich mit dem gesamten Personal der Gesandtschaft die Republik Polen zu verlassen. Graf Kessler erklärte, er werde in der nächsten Richtung die Grenzen des Staates verlassen. Gegenüber dieser polnischen Darstellung darf darauf hingewiesen werden, daß unsere Truppen in Oberschlesien seit mehreren Tagen in Kämpfen mit den Bolschewisten stehen.

### Spartakus auf der Straße.

Das Treiben und Hegen des Berliner Spartakusbundes zu Arbeitsniederlegungen und Straßendemonstrationen hat abermals zu einem gewissen Erfolge geführt. Während die Sozialdemokraten darauf verwiesen, daß nur die geregelte Arbeit uns wieder zu geordneten Zuständen führen kann, hatte morgens die rote Fahne des Spartakusbundes wieder die Parole ausgegeben: Heraus aus den Betrieben! Dieser Parole ist ein Teil der Berliner Arbeiter auch wirklich gefolgt. Es handelt sich überall um einen nur für heute berechneten Demonstrationsstreik zu Ehren der hier tagenden Reichskonferenz der A. und S. M. T.

Die Streikenden versammelten sich, wohl in Verfolg einer vorher ausgegebenen Parole, am Reichstagsgebäude und zogen durch die Wilhelmstraße vor das Abgeordnetenhaus. Neben zahlreichen roten Fah-

nen wurden zahlreiche Plakate mit „Alle Macht den A. und S. M. T.“ — „Nieder mit den Scheidemannern!“ — „Gegen die Nationalversammlung!“ — „Noch lebhafter!“ und ähnlichen, die Tendenz der Spartakusleute darstellenden Worten mitgeführt.

### Der Streik im Ruhrgebiet.

Die radikale Streikbewegung im Ruhrgebiet ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Die Zahl der streikenden Bergleute beträgt über 20 000 Mann. Auf einzelnen Tagen ist zwar die Arbeit wieder aufgenommen worden, dagegen hat sich der Zustand auf die Schachtanlagen der Bergwerksgesellschaft „König Wilhelm“ in Essen und auf die Zeche „Königsgrube“ neu ausgedehnt. Bei der gegenwärtigen Zahl der Streikenden ergibt sich durch den Streik ein Förderausfall von mindestens 16 000 Tonnen täglich. Die Verhandlungen der Bergarbeiterverbände mit dem Besondereverband führten zu dem Zugeständnis weiterer fünfzehn Prozent Erhöhung der Durchschnittslöhne sämtlicher Bergarbeiter vom 1. Januar ab. Diese Erhöhung wurde gewährt im Vertrauen darauf, daß die Arbeitervertreter eine Kohlenpreiserhöhung durchsetzen werden.

In Oberschlesien rechnet man mit einer Wiederbelebung der Streikluft, die namentlich von polnischer Seite zu politischen Zwecken geschürt wird.

## Umsturz in Portugal.

### Der Präsident ermordet.

Der Präsident der Republik Portugal ist ermordet worden. Er wurde von drei Kugeln getroffen. Der Führer der unionistischen Partei, Bricite Canacho, wurde unter polizeilichen Schutz gestellt.

Der ermordete Präsident Sidonio Paes war früher Gesandter in Berlin und hatte sich mit Gewalt durch Beseitigung Machado der Gewalt bemächtigt, dessen Amtszeit mit fortschreitender revolutionärer Zwischenzeit war, die ihre Ursache zum großen Teil in der von England erzwungenen Beteiligung Portugals am Kriege hatten. Das Land ist allerdings auch ohne dies seit dem Sturz der Monarchie nie mehr zur Ruhe und Ordnung gekommen.

Die portugiesische Gesandtschaft gibt die Bildung einer vorläufigen Regierung unter der Präsidentschaft des Marineministers Castro bekannt. Das Parlament tritt am Montag zusammen.

## Politische Rundschau.

Wegen der bevorzugten Verpflegung der Matrosen im Sicherheitsdienst richtet die „Tägliche Rundschau“ ein paar Fragen an die Nachthaber:

Ist es richtig, daß die hier diensttunenden Matrosen eine tägliche Ration von 225 Gramm Fleisch, 300 Gramm Brot und eine Wochenration von 60 Gr. Butter erhalten? Ist es ferner richtig, daß die Matrosen mit diesen Rationen noch nicht zufrieden sind? Ist eine derartig unterschiedliche Behandlung der Bevölkerung mit sozialen Grundfragen vereinbar?

Die gegenwärtige Regierung hat leider erst sehr spät erkannt, daß man mit Worten und papiernen Anrufen nicht regieren kann, wenn nicht eine tatsächliche Macht den Anordnungen Nachdruck gibt. Aus diesem Grunde mußte sich die Regierung der wahnsinnigen Agitation der Unabhängigen und der Spartakusleute gegenüber auf gutes Zureden beschränken, nur weil sie über keine Soldaten verfügte und auf der Gegenseite die Maschinengewehre sind. Das soll nun anders werden. Ein Erlaß der Regierung ordnet die Bildung einer „Volkswehr“ an. Es soll eine freiwillige Volkswehr werden, die Freiwilligen sollen selbst ihre Führer wählen, sie müssen das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben und werden nur vom Räte der Volksbeauftragten abhängig sein.

Das ist allerdings nur ein Provisorium, bis zur Schaffung einer Heeresverfassung, die nur von der Nationalversammlung angenommen werden kann, aber es ist in jedem Falle besser als nichts.

Ein Berichterstatter des „Daily Mail“ bei den englischen Besatzungstruppen schreibt: Das amtliche Deutschland bestimmt sich in den Personen der Bürgermeister und ihrer Stäbe mit bewundernswürdiger Würde.

Der Vorsteher des amerikanischen Roten Kreuzes erklärt: Die Bevölkerung der Mittelmächte habe nicht den geringsten Anspruch auf die Mittel der Vereinigung.

Die unabhängige sozialdemokratische Partei in Stuttgart beschloß, sich an den Wahlen zur Landes- und Nationalversammlung nicht zu beteiligen.

Der Präsident der amerikanischen Telefongesellschaft Theodor Bial teilt mit, daß ein Mitglied des technischen Personals eine Erfindung gemacht hat, über ein paar Drähte zugleich fünf Telefongespräche abzuhalten oder 40 Telegramme zu versenden.

## Locales und Provinzielles.

Seit heute Morgen ist auf der rechtsseitigen Rheinseite der Postverkehr vollständig gesperrt. Es ist uns daher nicht möglich, die neueren Nachrichten, wie sonst üblich zu bringen. Hoffen wir daß die Sperre nur wenige Tage dauern wird. Auch der Eisenbahnverkehr ist auf unserer Strecke bis auf den Ortsverkehr eingestellt worden.

Geisenheim, 19. Dez. Auf Verfügung des Verkehrsamtes in Wiesbaden ist die Annahme und Ausgabe des Fracht- und Güstgutes vom 20. ds. Mts. ab von 6 Uhr abends ab geschlossen.

Geisenheim 19. Dez. Infolge der Bahnsperrung verkehren auf unserer Strecke nur noch Züge von Ahmannshausen nach Höchst a. Main. Der Durchgangsverkehr ist bis auf weiteres eingestellt worden. Hoffentlich hält dieser Zustand, durch den wir fast vollkommen von der übrigen Welt abgeschnitten sind, nicht zu lange an.

Geisenheim, 19. Dez. Das Ministerium für Landwirtschaft Domänen und Forsten erläßt folgende Bekanntmachung:

Es kommt noch fortgesetzt vor, daß örtliche Arbeiter- und Soldatenräte in den Forstbetrieb eigenmächtig eingrei-

fen, die geregelte Jagdausübung der Forstbeamten und anderer Jagdberechtigten unterbinden, ja selbst Treibjagden unter Hinzuziehung zur Jagd unberechtigter Personen veranstalten. Dieses Vorgehen verstößt gegen die Verordnungen, die die Reichs- und Staatsregierung und der Volksgesundheitsrat des Arbeiter und Soldatenrates erlassen haben. Im Interesse der Volksernährung und zur Vermeidung von Wilschäden ist bereits angeordnet worden, daß alle Forstbehörden für einen verstärkten Abschluß des Wildes in geregelter Jagd Sorge tragen. Glauben örtliche Arbeiter- und Soldatenräte feststellen zu können, daß dieser Anordnung von örtlichen Forstbehörden und sonstigen Jagdberechtigten nicht hinreichend entsprochen wird, dann müssen sie sich an die Regierungsbehörden ihres Bezirks oder an die Zentralbehörden wegen Abhilfe wenden. Eigenmächtiges Eingreifen in die Befugnisse der Forstbehörden und in die Rechte der Jagdberechtigten muß unterbleiben. Alle Jagdberechtigten weisen wir erneut darauf hin, daß die Sicherstellung unserer Volksernährung den erheblich stärkeren Abschluß des Wildes dringend geboten erscheinen läßt.

Trotzdem der hiesige Arbeiter- und Bauernrat zu existieren aufgehört hat, veröffentlichen wir diese Bekanntmachung, da sie darauf hinweist, wie wichtig der vermehrte Abschluß des Wildes für die Ernährung der Bevölkerung ist. Während der Kriegszeit ist es in Geisenheim, trotz seiner ausgedehnten Wälder und guter Jagd niemals möglich gewesen, hier unter der Bevölkerung Wild zu verteilen, vielleicht wird das jetzt besser.

Geisenheim 19. Dez. Wenn nicht alles täuscht, haben wir mit sinkenden Temperaturen zu rechnen. Aus Norddeutschland ist hoher Luftdruck im Anzug, der bereits in den Nord- und Ostseegebieten Kälte gebracht hat. Nach meteorologischen Anzeichen haben wir mit einer Periode kräftiger Kälte um Weihnachten zu rechnen.

KK Geisenheim 19. Dez. Der Abschub der unfränkischen und russischen Kriegsgefangenen ist im Gange. Es sind deshalb alle etwa im hiesigen Kreise noch befindlichen russischen Kriegsgefangenen des Lagers Worms und alle Kriegsgefangenen des Lagers Wehlar sofort nach dem Lager Wehlar zu bringen. Auf ihren Arbeitsstellen dürfen nur solche ehemalige Gefangene verbleiben, die zwecks Einbürgerung im Deutschen Reich verbleiben wollen und bei der Zivilbehörde als „Ausländer“ gemeldet sind. Dieselben müssen im Besitz eines Ausweises ihres Stammlagers sein auf dem ausgesprochen ist, daß sie aus der Kriegsgefangenschaft entlassen sind.

Das amtliche Verzeichnis der Postbediensteten bei den Postämtern im Reichs-Postgebiet wird im Januar 1919 nach dem Stande von Ende Dezember 1918 neu aufgelegt werden. Für diejenigen, die dem Postfachverkehr betreten und in das Verzeichnis noch aufgenommen werden wollen, empfiehlt es sich, möglichst bald die Erstellung eines Postfachkontos zu beantragen. Die Vorbrücke zu den Anträgen sind bei jeder Postanstalt erhältlich.

### Uniformen beliebig verwendbar.

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbefehlshaberstelle ist das alleinige Recht der Kommunalverbände und einiger anderer behördlich zugelassener Stellen zum entgeltlichen Erwerb von getragenen Uniformen aufgehoben. Die getragenen Uniformen dürfen von jetzt ab auch von Geschäften, insbesondere vom Kleiderhandel, gekauft werden. Bei dem noch bestehenden großen Mangel an Einzugstoffen und den hohen Preisen im freien Handel wird empfohlen, die im Publikum befindlichen Militärstücke zu bürgerlichen Kleidungsstücken, vorzüglich Arbeitsanzügen oder Knabenkleidung umzuarbeiten.

Aufhebung des Sparringes für Jugendliche. Der Staatskommissar für Demobilisierung erläßt folgende Verordnung: Die Verordnung des Oberkommandos in den Marken vom 6. Juli 1918 über den Sparring für Jugendliche wird aufgehoben. Lohnabzüge sind künftig nicht mehr zu machen. Das Sparringbuch ist dem Berechtigten sobald wie möglich durch den Gemeindevorstand des letzten Aufenthaltsortes des Jugendlichen auszuhandigen. Ein Rechtsanspruch auf die Auszahlung besteht nicht vor dem 1. April 1919.

Ein überwundenes Vorurteil. Das mehr als tausendjährige Vorurteil der germanischen Völker gegen den Genuß des Pferdefleisches, ein merkwürdiges Beispiel der Geschmackveränderung, die ein Kirchengebot gegen einen in Bergeshheit geratenen Glauben herbeiführte, hat in Deutschland der Krieg überwunden. Jahrzehntelange Friedenspropaganda hat das Vorurteil gegen den Pferdefleischgenuß, das sachlich durch nichts begründet war, nicht zu beseitigen vermocht. Jetzt haben sich weite Volkskreise, durch bewussten Pferdefleischgenuß davon überzeugt, daß das Pferdefleisch eine ausgezeichnete Brähe gibt und in richtiger Zubereitung — am besten in Form von Pfefferfleisch, Gulash oder Goussaten — ebenso gut schmeckt wie Rindfleisch. Das Pferdefleisch, das in den skandinavischen Ländern schon längst ein legitimes Nahrungsmittel geworden ist, hat jetzt auch bei uns zahlreiche offene Liebhaber, so daß es sich empfiehlt, überall das Pferdefleisch auf Kundentischen abzugeben, damit es einem möglichst großen Kreis von Verbrauchern zugute kommt.

Die Post für die Afrika-Deutschen. Nach Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika, Deutsch-Neuguinea und Samoa werden außer den bisher dorthin zugelassenen Kriegsgefangenen-Sendungen künftig auch gewöhnliche Briefe und Postkarten an die in diesen Schutzgebieten in Freiheit lebenden Deutschen von den Postanstalten zur Beförderung angenommen. Die Briefe müssen, da sie über England geleitet werden und der englischen Prüfung unterliegen, offen zur Post gegeben werden. Die Sendungen sind portofrei und noch den inländischen Gebührensätzen freizumachen. Die Witterteilungen sind kurz zu fassen, deutsch und möglichst in lateinischen Buchstaben zu schreiben.

Die nach Südwestafrika bestimmten Sendungen haben außer dem Namen und Wohnort des Empfängers die Aufschrift zu tragen:

„Military Protectorate South Africa by the Chief Civil Secretary at Windhut.“

Sämtliche Briefe und Postkarten an Empfänger in Ostafrika sind nach Dar-es-Salaam zu Händen des englischen Oberkommandierenden zu richten.

Verbesserungen im Postfachwesen. Nach § 4 der Postfachordnung kann der Postfachkunde die bei seiner Bestellanstalt für ihn eingehenden Post- und



## Scherz und Ernst.

Ein friedlicher Aufruhr. Kürzlich führte mich, so schreibt man, der Weg in die Gegend zwischen Alexanderplatz und Rosentaler Tor in Berlin. Mit einem Male befand ich mich in einer dichten Menschenmenge. Ich erblickte eine große Anzahl eng beieinander stehender sehr lebhafter Gruppen, zumeist in bürgerlicher Kleidung, zum Teil aber auch Soldaten. Ich dachte nicht anders, als einer der Just in diesen Tagen beliebten Zusammenkünfte zwischen Regierungstreuen und Liebknechtischen Kreisen bereite sich hier vor, eine Annahme, zu der mich auch das Auftreten von bewaffneten Soldaten und Matrosen mit umgehängten Gewehren verleitet. Schon wollte ich umkehren. Doch trieb mich die Neugier, einen vorübergehenden Herrn zu fragen: „Was ist denn hier los?“ Der Angeredete lächelte weise und sah mich erstaunt an. „Das ist doch die Schönhauser Straße hier! Dort drüben ist die Pfandkammer. Ach, da geht ein schwunghafter Handel. Wollen Sie eine wollene Militärdecke kaufen? Können Sie schon für 6-7 Mark kaufen; für zehn Mark bekommen Sie den schönsten Militärmantel. Ein Paar Soldatenstiefel von 15 Mark an. Jetzt hamstern die Militärhändler, die Geld haben.“ — Tatsächlich machten die Gruppen, die sich da um die einzelnen Soldaten bildeten, einen ganz friedlichen Eindruck. Es war ein „friedlicher Aufruhr“ im unruhigen Berlin.

Die Schuldfrage in einem Friedensvertrag vor 150 Jahren. Auch in früheren Kriegen ist schon die Schuldfrage hin und wieder aufgeworfen worden; sein geradezu klassisches Beispiel bietet dafür der Friedensvertrag von Hubertusburg, der am 15. Februar 1763 geschlossen wurde und bekanntlich den siebenjährigen Krieg beendete. Darin heißt es: „Alles soll auf beiden Seiten in ewige Vergessenheit geraten und eine allgemeine Amnestie erlassen werden für alle während der längsten Hostilitäten von einer der beiden Parteien begangenen Feindseligkeiten, Verluste für Schaden und Unrecht, welcher Natur die auch immer gewesen sein mögen. Es soll deren keine weitere Erwähnung getan, noch irgendeine Entschädigung unter irgendeinem Vorwand oder mit irgendeiner Begründung verlangt werden.“

Wir glauben, die Kriegführenden von heute täten nicht übel, wenn sie diesem Beispiel folgen würden.

Ein Rubensfund in einer Münchener Gastwirtschaft. In München ist es angeblich einigen Münchener Kunstmalern „gelungen“, zufällig einen neuen Rubens aufzufinden. Das Gemälde, das Christus am Kreuze darstellt, dürfte demnach in zwei verschiedenen Größen von dem alten Meister hergestellt worden sein, und zwar scheint die Annahme gerechtfertigt, daß Rubens in späteren Jahren für die Münchener Schorleute, die Gründer der bekannten Brauerei, diesen zweiten Christus auf besonderen Auftrag hin verfertigte. Das Bild ist im Besitze einer Münchener Gastwirtin, der Inhaberin des Restaurants Schraubhof.

Das rahmenlose Werk ist um etwas kleiner als das im Besitze der Münchener Pinakothek befindliche und in Farbe und Ausführung eher etwas besser gehalten als das Schwesterbild; die Farbenwirkung und die Exaktheit der einzelnen Linien, sowie die

ganze Technik ist nach Ansicht der Fachleute ganz hervorragend. Eine bereits zusammengetretene Künstlerkommission konnte die ansangs von anderer Seite aufgestellte Behauptung, daß es sich um eine gute Kopie handle, nicht vertreten; denn die Zubereitung der Weinwand usw. entspricht ganz derjenigen der alten Zeit. Das Bild ist nicht signiert. Jedoch die Qualität des Ganzen bürgt zweifellos für die Echtheit eines Originals. Selbst große Meister wie Degerer teilen heute die Ansicht.

Vorsicht bei der Verfütterung von Bucheckern. Aus der reichen Bucheckernerde dieses Jahres wird hoffentlich eine reichliche Gewinnung von Del möglich sein, so daß auch mit einer stärkeren Verfütterung von Preßrückständen aus der Delgewinnung von Bucheckern zu rechnen ist. Von großer Wichtigkeit ist aber, daß Bucheckernmehl auf keinen Fall an Pferde oder andere Einhufer (Maultiere und Esel) verfüttert werden dürfen, denn sie enthalten einen giftigen Bestandteil (Hämin), namentlich in der Samenhaut und auch im Kern, welcher bei diesen Einhufern äußerst verderbliche Folgen veranlaßt. Schon bis 1/2 Pfd. Bucheckernmehl können tödliche Folgen herbeiführen. Dagegen kann man diese Rückstände Hindern, Schafen und Schweinen unbesorgt vorlegen, wenn nur die Stuten unbedornt sind und in mäßigen Gaben verabfolgt werden. Als unbedornt zulässige Gaben sind zu nennen für großes Vieh 2 bis 2,5 Kilogr., Jungvieh 1-2 Kilogr. auf 50 Kilogr. Lebendgewicht. Bei Schweinen erzeugen größere Gaben zwar einen sehr wohlschmeckenden aber auch sehr wässrigen Speck, wenn man dem nicht durch geeignete Futtermischung vorbeugt.

Die Konkurrenz unter den Handwerkern und Gewerbetreibenden wird jetzt nach dem Kriege besonders groß sein. Es ist sicher, daß kein halbwegs intelligenter Geschäftsmann es unterläßt, mit Irkularen und anderen Werbe-Drucksachen über sein Geschäft und alle nur erdenklichen Nebenstände an das Publikum heranzutreten. Für die zahllosen, aus dem Felde heimkehrenden Arbeiter muß ja Verdienst und Brot geschafft werden, und das wird die Arbeitgeber bis zum Neuenjahre anspannen. Da handelt es sich nicht mehr um den Handwerker und sein Geschäft allein, da handelt es sich darum, größere, gemeindefähige Arbeitslosigkeit zu vermeiden und das Vaterland vor Unruhen zu bewahren, durch ihr Geschäft mit der Erfüllung ihrer Pflichten zu bewahren, überhaupt, die Arbeiter nach ihren Belangen und Entbehrungen draußen so zu versorgen, wie es sich gebührt. Da wird die Konkurrenz der Gewerbetreibenden von Vorteil sein. Es gilt so, alle Aufträge aus dem Publikum herauszuholen, die irgendwie im Bereich sicherer Zahlungsmöglichkeit der Auftraggeber herauszubringen sind. Da wird ein Druckkatalog und eine anregende Druckkarte der Handwerker die andere jagen müssen. Jede muß neue Möglichkeiten der Arbeit beschaffen, in Erinnerung bringen; denn von jeder Beschäftigung des Publikums nur das Beste. Es ist sicher, daß die Handwerker nunmehr auf dem Gebiete der Reklame ernsthaft etwas tun müssen, auch in den kleinsten Städten. Denn die moderne Zeit verlangt es, und die, die aus dem Felde wiederkehren, sind modernere anregungsstücker Menschen geworden, die entschlossen sind, mit den Mitteln der neuzeitlichen Verkaufskunst die zur Beseitigung drohender Arbeitslosigkeit und Unruhen nötigen Aufträge herauszuholen. Da möge das Publikum diese, die sich durch derartige Druckdruckschriften empfehlen, wohl im Auge behalten und ihre Anregungen beachten, denn gerade sie

sind ja diejenigen, die die neue Zeit begriffen haben und die sich berufen zeigen, den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den kommenden Jahren mit Nachdruck entgegenzutreten.

Wahrt Euch vor Schleichhändlern. Der Schleichhandel und die Hamsterel dauern fort. Sie nähren die gegenwärtige politische Lage in der schamlosesten Weise aus. Die Schleichhändler und Großhändler machen den Landwirten vor, die frühere Ablieferungs- und die fr. Verbrauchsvorschriften beständen nicht mehr weiter; die Landwirte könnten insfolgedessen über ihre Vorräte verfügen wie sie wollten und könnten sie verkaufen, an wen sie wollten. Und unter den Landwirten gibt es selber nach allem, was man hört, Leute genug, die entweder kurzfristig oder gewissenlos genug sind, diesen Hörsen zu glauben und nach ihrem Rat zu handeln. Die Folgen dieser Handlungsweise machen sich besonders auch im Getreideverehr geltend. Noch nie soll so viel Getreide und Mehl unerlaubt verkauft und gehandelt worden sein, als gegenwärtig. Daher kommt es, daß für die allgemeine Versorgung kaum noch der notwendige Bedarf an Haushaltungs- und Krankenmehl aufgebracht werden kann. Immer und immer wieder muß den Landwirten zugerufen werden: „Hört nicht auf diese Wichte! Gesetz und Recht, Ablieferungs- und Verbrauchsvorschriften gelten unverändert weiter! Wenn Ihr sie durchbrocht, seid Ihr selbst Euer größter Feinde. Denn Ihr gefährdet damit das Ernährungsgebäude. Und wenn dieses einstürzt, wird es in erster Linie Euch selbst erschlagen. Kommt ein solcher Wicht zu Euch, so packt ihn und übergebt ihn dem nächsten Gendarm. Er soll für sein volksverderberisches Verhalten die verdiente Strafe finden!“

Verwehrene Schleichhändler. Kürzlich fuhr nach ein Militärauto bei einem Oberaltheimer Weitzer vor. Die beiden Insassen zeigten ein gestempeltes Schriftstück vor und gaben an, Bevollmächtigte des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates zu sein. Sie forderten den Weitzer auf, seine sämtlichen Getreidebestände herbeizuholen, da sie zur Verpflegung der Truppen dringend gebraucht werden. Es wurden 11 Zentner herausgegeben, und pro Zentner 25 Mark bezahlt. Da der Bauer sich über den hohen Preis wunderte, wurde ihm bedeutet, daß die neue Regierung eben besser bezahle. Erst jetzt ist der Weitzer dahinter gekommen, daß er es mit ganz geliebten Schleichhändlern zu tun hatte.

Der ausgestellte Erdenschieß. Der Kriegsinvalide Johann Pittsch, ein schon vielfach vorbestrafter Mann, wurde wegen seiner außergewöhnlichen Kriegseinstellungen und da er an beiden Armen verkrüppelt ist, f. H. dem König persönlich vorgestellt und auf dessen Fürsprache im Armeemuseum als Hilfsaufseher angestellt. Als solcher hatte er seine Haushälterin und Geliebte, die Fabrikarbeiterin Spiber, überredet, aus dem Museum die dort ausgestellte Sammlung ausländischer Orden des Königs zu stehlen. Die Spiber ließ sich im Museum einschließen. Die erbeuteten Orden wurden um 3500 Mark verkauft, wovon aber vorerst nur 800 Mark ausbezahlt wurden. Die Verfassungen waren, als man sie wieder fand, zum größten Teil bereits zerfälscht und zu Klumpen geschmolzen. Vom Landgericht München wurden nun Pittsch und Spiber zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

## Bekanntmachung.

Die Brotarten für das nächste Halbjahr werden kommenden Samstag den 21. d. Mts. in nachstehender Reihenfolge ausgegeben:

Für die Lebensmittelkarteninhaber

Nr. 1-70,	391-450,	745-800	v. 9-10 Uhr
" 71-140,	451-500,	801-850	" 10-11 "
" 141-200,	501-560,	851-900	" 11-12 "
" 201-270,	561-620,	901-950	" 2-3 "
" 271-340,	621-680,	951-1000	" 3-4 "
" 341-390,	681-744,	1001-1035	" 4-5 "

Das Publikum wird dringend ersucht, sich genau an der vorgeschriebenen Reihenfolge zu halten, zu Vermeidung von Störungen. Die alten Lebensmittelkarten sind vorzulegen.

Die Bäckerkarten sind dem Bäcker, bei welchem das Brot das Halbjahr hindurch bezogen werden soll, nach vorheriger Eintragung des Namens des Bäckers mit Tinte bis spätestens Dienstag d. 24. d. Mts. abzugeben.

Seitens der Bäcker sind die Kundenlisten bis spätestens Freitag d. 27. d. Mts. im Rathaus abzuliefern.

Die Bezahler von Krankenweißbrot wollen sich nicht wie seither bei Bäcker Köß, sondern bei Bäcker Konrad Walther in die Kundenliste eintragen lassen.

Die Frauen und Mädchen welche gewerbliche Arbeiten verrichten und deshalb Anspruch auf Zusatzbrotarten erheben, werden ersucht bei der Brotartenausgabe am Samstag entsprechende Bescheinigungen ihrer Arbeitgeber vorzulegen. Landwirtschaftliche Arbeiterinnen sind vorerst von dem Bezuge ausgeschlossen.

Von Dienstag den 24. d. Mts. an kommt in den Kolonialwarenhandlungen

## Kunsthonig

zum Verkauf. Auf die Person entfallen 80 Gramm, das Pfund zu 80 Pfg.

Die Vorlage der Karten zwecks Abtrennung des Bezugsabschnittes Nr. 19 hat am 20. und 21. d. Mts. zu erfolgen. Spätere Anmeldungen werden der Zuteilung wegen nicht mehr berücksichtigt.

Alle Familien, welche den Haushaltungszucker für November noch nicht erhalten, weil sie übersehen haben denselben anzumelden, werden ersucht dies morgen Freitag zwecks Nachlieferung in der Kolonialwarenhandlung von H. Laut nachzuholen.

Geisenheim, 19. Dezember 1918.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Einwohner, die bereit sind, gegen Vergütung, freiwillig französische Besatzungsmannschaften in Quartier zu nehmen, werden ersucht, dies morgen Freitag von 10-11 Uhr unter Angabe der Bettenzahl auf dem Bürgermeisteramt anzuzeigen.

Geisenheim, den 19. Dez. 1918.

Das Einquartierungskommission.

## Bekanntmachung.

Zufolge Beschlusses der städt. Lebensmittelkommission wird zur schnelleren Abwicklung des Verkaufs bei den Mehrgern angeordnet:

Die Mehrgern haben grundsätzlich die Reihenfolge einzuhalten. Abholer die nicht zur festgesetzten Stunde erschienen sind, finden Berücksichtigung erst nach der ordnungsmäßigen Verteilung.

Wenn aus besonderen Gründen, wie Krankheit usw., ein Abholer auch Karten für andre mitbringt, die nicht zu derselben Stunde gehören, so darf die Gesamtmenge auf sämtliche Karten nur ungeteilt abgegeben werden.

Geisenheim, den 19. Dezember 1918.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Sonntag den 29. Dezember ds. Jahres mit Beginn der neuen Brotkarten eröffne ich wieder meine

## Bäckerei.

Wie früher, so werde ich mich auch jetzt bemühen, meine Kundschaft in jeder Beziehung zufrieden zu stellen.

Geisenheim, 10. Dezember 1918.

Frau Joh. Bapt. Dey Wtw.

## DRUCKSACHEN

IN EINFACHER UND FEINER AUSFÜHRUNG LIEFERT DIE

BUCHDRUCKEREI A. JANDER

Von heute ab verlege ich meine Wohnung, Geschäft und Sammelstelle nach

Landstraße 28, neben dem Rathaus.

Hochachtungsvoll

Georg Messing

Uhrmacher.

Geisenheim, den 19. Dezember 1918.

## ARBEITER

nehmen an die Geisenheimer Kaolinwerke.

Hofmann

für d. Frühmesserei-Weinberge gesucht. Näheres bei Kirchenrechner Daniel Geisenheim.

Junges kräftiges Mädchen

das alle Hausarbeit versteht sofort gesucht. Fr. Josef Rügler Markt 4.

Gesucht Tüchtiges Mädchen

was etwas Kochen kann und Hausarbeit übernimmt für 1. Januar nach Wiesbaden Frau Dr. Schoenrissen. Zu melden möglichst bald bei Frau B. Hoehl, Rüdesh. Landstr. 8.

Graco-Nähr- u. Milchpulver für Rinder, Ziegen und Kaninchen empfiehlt P. Jos. Klein Geisenheim Steinheimerstr. 5.

Hotel, Restaurant, Cafe Hotel zur Linde

Telefon Nr. 205.

Christbäume

große Auswahl in verschiedenen Größen Franz Häckert.

Geisenheim, Bollstraße 9.

Speisezwiebeln

sind zu haben bei Wendlin Dillmann Steinheimerstraße.

OhsenaFleischextrakt Erjag

eingedickte Suppenwürze frisch eingetroffen. Frau Rothhaupt Marktstraße.

Ein Junge

15-16 Jahre der sich im elektrischem Fach ausbilden will gegen Bezahlung gesucht. Rhg. Elekt.-Werke Geisenheim.